

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Bundesverband der Regionalbewegung e. V.

Geschäftsstelle

Hindenburgstraße 11

91555 Feuchtwangen

## Wahlprüfsteine an die Parteien des Bundesverbandes der Regionalbewegung e. V.

Eine auf regionale Kreisläufe basierende Wirtschaftspolitik ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Wahrung der regionalen Identität und zur Verbesserung der Lebensqualität sowie zur Sicherstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Zielsetzung des Bundesverbandes der Regionalbewegung ist der Erhalt der Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Hierzu gehören Wasser, Luft, Boden und Energie, aber auch Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und faire Preise. Regionales Wirtschaften bildet hierfür die Basis – hat aber nur dann eine Chance, wenn es politisch und gesellschaftlich akzeptiert und praktiziert wird.

---

### 1. Welche Wege und Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken und eine wohnortnahe Nahversorgung zu gewährleisten?

Zur Notwendigkeit eines Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung sowie einer glaubwürdigen Kennzeichnung regionaler Lebensmittel verweisen wir auf die Antworten zu den Fragen 7 und 8. Darüber hinaus will DIE LINKE die Agrarförderung im Interesse der regional verankerten Agrarbetriebe und lebendiger Dörfer neu ausrichten, auch um regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Ziel der Agrarförderung sollte generell die Unterstützung arbeitsintensiver, besonders sozialverträglich ausgestalteter oder ökologisch besonders wirksamer Anbau- oder Tierhaltungsmethoden sein. Deshalb wollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2020 konsequent nach dem Prinzip „öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ ausgestalten und Politik für die ländlichen Räume stärker mit der Agrarpolitik verzahnen. DIE LINKE will zudem landwirtschaftsfremde Investoren sowohl vom Bodenerwerb als auch von der Agrarförderung ausschließen. Der direkte oder indirekte Einstieg von Investoren in Landwirtschaftsbetriebe inklusive feindlicher Übernahmen ist nicht im Interesse des Gemeinwohls und entzieht den ortsansässigen Betrieben die Produktionsgrundlagen. Wir halten die derzeitige Agrarexportorientierung der Politik für kontraproduktiv. Die Priorität der Agrarpolitik muss auf einer gemeinwohlorientierten Landwirtschaft liegen, die einen vorrangigen Versorgungsauftrag hat und lokal verankerte Landwirtschaftsbetriebe, regionale Verarbeitung und Vermarktung stärkt. So kann gut bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft entstehen für gut ausgebildete Menschen und damit auch lebendige Dörfer zum Leben und Arbeiten.

---

### 2. Wie können gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorschriften so gestaltet werden, dass regional agierende Akteure und deren Bedürfnisse stärker berücksichtigt bzw. klein- und mittelständische Strukturen gestärkt werden?

DIE LINKE setzt sich in fast allen politischen Belangen für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Neben einer konsequenten Re-Kommunalisierung stehen wir für die Förderung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU), die meist in der Region verankert sind. Auch aus diesem Grund lehnen wir die „Freihandelsverträge“ (TTIP, CETA, Jefta, TiSa etc.) ab, da hierüber regionale Strukturen zerstört und politische Entscheidungen vor Ort ausgehebelt werden könnten. Für die meisten KMU würde hiermit der Verdrängungswettbewerb stark zunehmen, sie würden schlicht scheitern.

DIE LINKE betrachtet die rückläufigen Innovations- und Forschungsaktivitäten des Mittelstandes als großes Problem. Die meisten Strategien der Bundesregierung adressieren aber vor allem exportorientierte Großunternehmen. Dienstleistungen sowie kleinere Unternehmen aus dem Bereich Mid- und Low-Tech fallen häufig durch das Raster. Wir fordern alternativ eine stärkere KMU-Orientierung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit geringstem bürokratischem Aufwand - in der Region und für die Region.

DIE LINKE will außerdem den Hightech-Gründerfonds stärken und durch eine Validierungsforschung ergänzen. Dabei sind neben technischen auch soziale Innovationen und innovative Dienstleistungen stärker zu fördern. Gründungen können auch von einem offeneren Umgang mit Nutzungsrechten an Forschungsergebnissen profitieren. Wir wollen deshalb Open Access und eine Publikation unter freien Lizenzen stärken. Wir schlagen auch vor, das Feld der Transformationsforschung neu zu begründen. Ziel dieser Forschung soll die Erarbeitung transdisziplinären Wissen sein, um verschiedene technologische und soziale Bausteine besser zu integrieren. Ein solches Programm sollte durch ein entsprechend breites Gremium aus Wissenschaft und Gesellschaft regional/überregional im Hinblick auf konkrete Bedürfnisse erarbeitet und begleitet werden.

DIE LINKE wird auch weiter die öffentliche Gründungsförderung unterstützen, besonders in strukturschwachen Regionen. Das

Risiko von Unternehmensgründungen lässt sich hier u.a. auch durch gemeinschaftliche Eigentumsformen mindern. Deshalb wollen wir neue Modelle (etwa auf Genossenschaftsbasis) fördern, Selbstständige besser vernetzen und Gründungen erleichtern. Wir wollen Unternehmensgründungen und insbesondere solidarisches Wirtschaften vor Ort stärken. Deshalb begrüßen wir beispielsweise, dass im Kleinanlegerschutzgesetz der Schwellenwert auf 2,5 Millionen Euro Anlagevolumen erhöht wurde, ab dem ein Prospekt zu erstellen ist. Neben den bereits existierenden Ausnahmen für Kleinstkapitalgesellschaften könnte es aus unserer Sicht auch Ausnahmen für (gemeinnützige) Vereine, soziale Wohnungsbauunternehmen und bestimmte Stiftungen geben.

---

### **3. Welche Chancen sehen Sie in regionalen Kreisläufen für die internationale Wirtschaftspolitik bzw. die deutschen Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit?**

DIE LINKE setzt sich einerseits besonders für den Schutz regionaler und lokaler Kreisläufe gegen das tödliche Freihandelsdogma und andererseits für eine starke Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten über die Entwicklungszusammenarbeit in den Ländern des Südens ein. Eine eigenständige und nachhaltige Entwicklung, die allen Menschen zu Gute kommt, kann es nur durch das Erreichen von Ernährungssouveränität und eine eigene industrielle Produktion geben, die die Volkswirtschaften dieser Länder unabhängiger von Güter- und Kapitalimporten macht. Die Konzepte der regionalen Kreisläufe eignen sich deshalb besonders gut, um ein inklusives Wachstum zu erreichen, welches allen Menschen den Zugang zu einer Basisinfrastruktur (Bildung, Gesundheit, Soziales) bieten und außerdem eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung garantieren kann durch die Beteiligung von Akteuren auf allen Ebenen der Produktionskette in den Ländern und Regionen des Südens.

---

### **4. Wie steht Ihre Partei zum Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft?**

DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik seit langem ab. Wir wollen die Aussaat und den Anbau genetisch veränderter Pflanzen in Deutschland sowie deren Handel verbieten. Es ist politisch inakzeptabel, den einheimischen Anbau als zu riskant zu verbieten, ihn aber anderswo über den Handel zu motivieren. Solange kein EU-weites Verbot von gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen erreicht ist, setzen wir uns für bundeseinheitliche Anbauverbote für in der EU zugelassene GV-Pflanzen ein.

Bis zu einem vollständigen Verbot setzt sich DIE LINKE weiterhin für umfassende und verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflichten ein. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Produkte von Tieren, die mit gv-Futtermitteln gefüttert wurden, gekennzeichnet werden müssen. Die „Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung“ unterstützen wir. Sie ist ein erreichbarer Kompromiss in die richtige Richtung und ermöglicht mehr Transparenz. Damit verbinden wir die Hoffnung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher die Möglichkeit erhalten, risikoorientierte Entscheidungen zu treffen und dadurch die GV-Anbauflächen (im globalen Süden) zu reduzieren. Die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung sollte aber weiterentwickelt, beispielsweise die Übergangsfristen der Fütterungszeit mit GV-Futtermitteln verringert werden. Die Nulltoleranz beim Saatgut ist für uns unter keinen Umständen verhandelbar!

Des Weiteren wendet sich DIE LINKE gegen die Bestrebungen der Industrie die so genannten neuen Züchtungstechniken als Mutationen einzustufen und fordert stattdessen eine klare Einstufung der neuen Züchtungsmethoden unter die bestehende Gentechnikregulierung.

---

### **5. Wie kann aus Ihrer Sicht eine unabhängige Agrarforschung gewährleistet werden?**

DIE LINKE setzt sich generell für eine Stärkung der angewandten Forschung in der Landnutzung ein. Das bedeutet, dass dem Bereich von Entwicklungs- und Erprobungsprojekten in der landwirtschaftlichen Forschung wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt werden muss. Das auf so genannte Exzellenzkonzepte ausgerichtete Wissenschaftsbewertungs- und -fördersystem ist gerade bei angewandten und interdisziplinären Fächern wie den Agrarwissenschaften bedenklich. Es vergeudet personelle und finanzielle Ressourcen für die Einwerbung von Drittmitteln und grenzt die Kreativität ein, weil es den Besonderheiten in diesem Forschungsbereich nicht gerecht wird – von den prekären Beschäftigungsverhältnissen mal ganz abgesehen. Deshalb schlagen wir eine unabhängige Agrarforschungsförderstruktur vor – gern auch eine Landwirtschaftsakademie – die eine eigenständige Agrarforschungsstrategie entwickelt und koordiniert umsetzt. Priorität muss die Forschung und Erprobung von Lösungsansätzen zu nachhaltigen Landnutzungssystemen mit der Einbindung in die Entwicklung des ländlichen Raumes als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum haben. Das schließt neben der Lebensmittelerzeugung auch die Wertschöpfungs- und Vermarktungskette für verschiedene andere Bereiche wie erneuerbare Energien oder pflanzliche Rohstoffe ein. Für DIE LINKE ist wichtig, dass bei den Forschungsansätzen die soziale Frage stets Bestandteil ist mit dem Ziel, Forschung und Innovation für lebendige Dörfer und gute Arbeit miteinander zu verknüpfen.

---

### **6. Welche gesetzlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, dass zukünftig bei öffentlichen Ausschreibungen der Aspekt einer regionalen Versorgung rechtsverbindlicher Bestandteil sein kann?**

DIE LINKE hat die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode aufgefordert, eine umfassende Modernisierung des deutschen Vergaberechts vorzulegen und dabei den qualitativen Spielraum des europäischen Vergaberichtlinienpakets nach oben

voll auszuschöpfen. Aus Sicht der LINKEN sollten verbindliche soziale und ökologische Kriterien für die Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand gelten. Dies würde auch dem Aspekt der regionalen Versorgung zugutekommen. Verstöße gegen das Umwelt-, Arbeits- und Sozialrecht sind als zwingende Ausschlussgründe bei der Vergabe von Aufträgen und Konzessionen zu definieren. Zu diesem Zweck sollten mittels eines Ausschlussregisters Verstöße allen Vergabestellen des Bundes, der Länder und Kommunen bekannt gemacht werden. Auch die Subunternehmervergabe sollte eindeutigen Kontrollen und Sanktionen unterliegen. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, den Abschluss von TTIP, CETA, JEFTA und anderen Handels- und Investitionsabkommen zu verhindern. Diese Abkommen sind darauf angelegt, die Bindung der öffentlichen Beschaffung an soziale, ökologische und andere Kriterien zu unterlaufen. Mit Blick auf die Zukunft will DIE LINKE eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt.

---

**7. Wie kann bzw. muss aus Sicht Ihrer Partei eine glaubwürdige Kennzeichnung regionaler Lebensmittel aussehen?**

DIE LINKE begrüßt das heutige „Regionalsiegel“ als einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings ist das derzeitige Konzept zu schwach und unkonkret. Es bedarf gesetzlich vorgeschriebener Kriterien und eines gesetzlichen Schutzes des Begriffs „Regional“. Wir kritisieren, dass zum Beispiel Qualitätsangaben und staatliche Kontrolle fehlen. Bei echter regionaler Erzeugung und Vermarktung müssen umliegende Landwirtschaftsbetriebe und das örtliche Lebensmittelhandwerk im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus muss der Mindestanteil regionaler Zutaten weiter erhöht und eine Höchstkilometerzahl eingeführt werden. Das muss bei einer Regionalkennzeichnung deutlich werden.

DIE LINKE will, dass die Erzeugungskette von Lebensmitteln vollständig nachvollzogen werden kann. So spricht sich DIE LINKE dafür aus, Herkunftsangaben für Fleisch und Hühner-Eiern auch auf verarbeitete Produkte auszuweiten. Mit Hilfe eines „Tracking-Codes“ können wichtige Informationen zur Verfügung gestellt werden. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen „Reisepass für Lebensmittel“. Damit wird klar erkennbar, wenn Rohstoffe Tausende von Kilometern durch Europa gereist sind.

---

**8. Sehen Sie die Notwendigkeit zur Schaffung eines eigenen Bundesprogramms zur Förderung der Regionalvermarktung? Wenn ja, wie soll dieses ausgestaltet werden?**

Ja. Ein solches Bundesprogramm ist notwendig. Seit langem fordert die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in den Haushaltsverhandlungen, dass die Mittel zur Förderung der Agrarexporte gestrichen und die freiwerdenden Haushaltsmitteln von drei Millionen Euro in die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe investiert werden. Äquivalent könnte auch im Rahmen der GAK (europäische Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) bzw. die Regionalvermarktung vom Bund gefördert werden. Die Länder und Kommunen dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.